

Redaktioneller Teil

Bekanntmachung

Entgegen unseren wiederholten Bekanntmachungen im Börsenblatt ist festzustellen, daß die geflissentlich gegen die buchhändlerische Verkaufsordnung verstößende Firma

Modernes Antiquariat Inh. Ernst Fritsch's Witwe in Ratharein-Troppau

noch immer von den Verlegern zu buchhändlerischen Bedingungen beliefert wird. Die Firma besitzt nur Konzession zum Betriebe von Antiquariat, verkauft aber fortgesetzt preisgeschützte Bücher unter den vorgeschriebenen Ladenpreisen. Sie schädigt dadurch den Sortimentsbuchhandel in der Tschechoslowakei empfindlich.

Wir geben hierdurch erneut das ordnungswidrige Verhalten der Firma bekannt und weisen auf die sich aus § 5 Ziff. 5 der Börsenvereins-Satzung für alle Mitglieder ergebende Pflicht hin.

Leipzig, den 7. Dezember 1933.

Der Gesamtvorstand des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig

Dr. Friedrich Oldenbourg, Erster Vorsteher.

Zur Wirtschaftslage.

Von Prof. Dr. G. Menz.

[Die internationale Währungsfrage. — Konjunkturberichte. — Volkseinkommensentwicklung. — Steuerreform. — Buchgewerbe und Buchhandel.]

Die internationale Währungsfrage steht immer noch im Zeichen des Kampfes um den Dollar. Roosevelts Ziel ist, die inneramerikanische Preislage von 1926 wieder herzustellen. Um die dazu erforderliche Entwertung des Dollars zu erreichen, hat er im letzten Monat zu dem Mittel gegriffen, Gold im offenen Markt anzukaufen, zunächst in USA. selbst und, als das nicht half, im Ausland, in erster Linie in Frankreich. Paris meldete beträchtliche Goldverluste, die aber nicht nur auf Rechnung der amerikanischen Regierung, sondern auch auf die privater Goldhamsterer gegangen sein dürften. Sie sind für den Stand des Franken nicht ohne Bedenken. Der Dollar ist auch entsprechend gefallen. Aber die Preissteigerung will sich nicht einstellen. Roosevelt vergißt, daß nicht Geldexperimente, sondern nur die Wiederkehr wirklichen Vertrauens und vernünftiger innerer Reformen jenen Wirtschaftsaufschwung erwarten lassen, der sich in der Besserung der Preisverhältnisse bekundet. Der offenbare Mißerfolg läßt die Widerstände im Lande wachsen. Rücktritte im Kreis der bisherigen Berater und Mitarbeiter des Präsidenten sind der äußere Ausdruck dafür. Vorläufig zeigt Roosevelt aber keine Nachgiebigkeit. Die nächsten Wochen müssen eine Entscheidung bringen. Zwar die Schuldtermine Mitte des Monats werden ohne Wirkung vorübergehen. Die Verhandlungen mit England, die richtunggebend hätten werden können, sind gescheitert. Aber Roosevelt kann keine Konsequenzen ziehen. Wichtig ist, daß im Januar der Kongreß wieder zusammentritt. Wird Roosevelt ihm die Verantwortung zuschieben? Was wird aus den fälligen Konversionen? Ohne Stabilisierung sind sie kaum denkbar. Roosevelt hat sich aber eben erst den Mann an seine Seite geholt, der als der Hauptgegner jeder Stabilisierung im bisherigen Sinne und als der Hauptverfechter des Gedankens des »Gummidollar« gilt, d. h. eines Indexdollar mit angeblich

gleichzuhaltender Kaufkraft. Von dem Ausgang dieses Streites hängt aber zu einem gewissen Grad natürlich auch das Schicksal anderer Währungen ab.

Für Deutschland bedeutet selbstverständlich diese Lage auch weiterhin eine Erschwerung aller Ausführungsmöglichkeiten. Man darf das indessen doch nicht überschätzen. Mit Recht hat sich Schacht vor der Industrie- und Handelskammer in Wuppertal-Elberfeld eben erst wieder gerade im Interesse einer gesunden Ausfuhr gegen den in der Öffentlichkeit vielfach erörterten Plan ausgesprochen, die Mark mit dem Pfund zu verbinden. Ganz abgesehen davon, daß Deutschland niemals eine Währungspolitik treiben kann, die praktisch von der Bank von England gemacht würde, hat Schacht sehr richtig vor allem unterstrichen, daß nur von der Währung her die Umgestaltung der Wirtschaft überhaupt nicht gelingen könnte. Solange das Pfund selbst nicht stabilisiert ist, kann unter allen Umständen von einem Anschluß keine Rede sein. Mit einer schwankenden Währung würden Kräfte mobilisiert, die man nachträglich nicht mehr zu beschwören vermöchte. Vorläufig kann nur mit dem Scripsverfahren versucht werden, der Ausfuhr, so gut es geht, aufzuhelfen. Darüber sind am 5. Dezember eben wieder Verhandlungen aufgenommen worden, da ja das bisherige Moratorium Ende des Monats abläuft. Die Deckungsbestände der Reichsbank haben sich aber noch nicht so geändert, daß etwas anderes als die Verlängerung der Abmachungen in Frage kommen könnte. Wir stimmen der »Kölnischen Volkszeitung« zu: »Die zukünftige Regelung wird davon auszugehen haben, daß Kapitalübertragungen überhaupt nicht stattfinden können und daß Zinszahlungen bestenfalls im bisherigen Umfang, d. h. zur Hälfte in bar und zur anderen Hälfte in Scrips, erfolgen dürfen. Gute Kenner der Materie glauben sogar, daß Deutschland nicht einmal den gegenwärtigen Stand weiter zugestehen könne, denn in Zukunft dürften sich die russischen Zahlungen, die in den letzten sechs Monaten eine große Rolle spielten, verkleinern. Außerdem halten die Ausfuhrerschwernisse an. Überdies bleibt zu berücksichtigen, daß das deutsche Konjunkturbarometer im Steigen begriffen ist und die Auffüllung der Rohstofflager erhebliche Summen verlangt. Deutschland hat zu wiederholten Malen zu erkennen gegeben, daß es größten Wert darauf